



**Leitfaden für Antragsteller  
für die  
Genehmigung  
und den  
Betrieb einer Ersatzschule**



## Impressum

Herausgeber: Landesschulamt Sachsen-Anhalt  
Ernst-Kamieth-Straße 2  
06118 Halle (Saale)

Redaktion: Referat 25, Landesschulamt Sachsen-Anhalt

## Vorbemerkungen

Sie haben sich entschlossen, eine Schule in freier Trägerschaft zu gründen. Sicher haben Sie viele Stunden im Kreise Gleichgesinnter mit den Vorbereitungen verbracht, das pädagogische Konzept beraten, ein Gebäude gefunden, potentielle Lehrkräfte geworben, über die Finanzierung des Vorhabens mit ihren Partnern oder mit Banken beraten.

Nun wollen Sie den Antrag zur Errichtung der Schule stellen. Dabei gibt es vieles zu beachten. Um Ihnen die Antragstellung zu erleichtern, wurde dieser Leitfaden entwickelt. Er gibt Auskunft zu häufig gestellten Fragen im Zusammenhang mit dem Antragsverfahren, zu den benötigten Antragsunterlagen und zu Ansprechpartnern innerhalb des Landesschulamtes.

Wenn Sie darüber hinaus gehende Fragen haben oder eine individuelle Beratung wünschen, können Sie gern einen Beratungstermin, auch im Vorfeld der Antragstellung, vereinbaren.

Das Landesschulamt ist die für die Genehmigung von Ersatzschulen zuständige Behörde. Ihre Ansprechpartner im Landesschulamt finden Sie immer aktuell auf der Internetseite des Landesschulamtes des Landes Sachsen-Anhalt:

<https://landesschulamt.sachsen-anhalt.de/behoerde/schulfachliche-beratung/freie-traeger/>



## 1. Die rechtlichen Grundlagen

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SchulG LSA) und die „Verordnung über Schulen in freier Trägerschaft“ (SchifT-VO) in der jeweils geltenden Fassung bilden den rechtlichen Rahmen für die Genehmigung von Ersatzschulen. Der Artikel 7 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland regelt: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.“ Im Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt, Dritter Abschnitt (§§ 14-18), wurden die Vorgaben des Artikels 7 Abs. 4 des Grundgesetzes verankert.

Für die Genehmigung von Grundschulen gibt es im Grundgesetz Artikel 7 Abs.5 eine besondere Bestimmung: Eine Grundschule darf nur dann als private Schule errichtet werden, wenn es sich entweder um eine Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule handelt, die auf Antrag von Erziehungsberechtigten errichtet werden soll oder wenn die oberste Schulbehörde ein besonderes pädagogisches Interesse an der Errichtung dieser Grundschule anerkennt. Dieser Verfassungsgrundsatz ist prioritär. Selbst wenn alle anderen Bedingungen erfüllt sind, kann eine Grundschule, die nicht Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule ist, im Falle des Nicht-Vorliegens eines besonderen pädagogischen Interesses keine Genehmigung erhalten.

Die „Verordnung über Schulen in freier Trägerschaft“ regelt im Einzelnen die Genehmigungsvoraussetzungen, das Genehmigungsverfahren, den Einsatz von Schulleitern<sup>1</sup> und Lehrkräften, weist genehmigungspflichtige und anzeigepflichtige Änderungen aus, nennt die Voraussetzungen für die staatliche Anerkennung und das Anerkennungsverfahren sowie die Finanzhilfe für Ersatzschulen.

## 2. Die Genehmigungsvoraussetzungen

Gemäß § 16 SchulG LSA sind Schulen in freier Trägerschaft dann Ersatzschulen, wenn sie in ihren Bildungs-, Ausbildungs- und Erziehungszielen öffentlichen Schulen gemäß zweitem Abschnitt des Schulgesetzes entsprechen. Sie dürfen nur nach vorheriger Genehmigung der Schulbehörde errichtet und betrieben werden.

---

<sup>1</sup>Soweit im Folgenden Berufs-, Gruppen- und/ oder Personenbezeichnungen Verwendung finden, so ist auch stets die jeweils weibliche Form gemeint.



Voraussetzung dafür sind im Wesentlichen drei Punkte:

1. Die Schule darf in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte hinter den staatlichen Schulen nicht zurückstehen.
2. Eine Schule darf eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht fördern.
3. Die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte muss genügend gesichert sein.

Schulen in freier Trägerschaft dürfen gemäß § 16 Abs.1 SchulG LSA in ihrer inneren und äußeren Gestaltung von den Anforderungen abweichen, die an entsprechende öffentliche Schulen gestellt werden, wenn die Gestaltung der Schule insgesamt als gleichwertig anzusehen ist.

### **3. Das Genehmigungsverfahren**

Anträge auf Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Ersatzschule sind schriftlich zu richten an das

Landesschulamt Sachsen-Anhalt  
Nebenstelle Magdeburg  
Referat 25 – Bereich Schulen in freier Trägerschaft  
Turmschanzenstraße 32  
39114 Magdeburg

#### **Termine zur Antragstellung:**

- für allgemeinbildende Ersatzschulen: 1. Januar eines Jahres
- für Gemeinschaftsschulen: 1. November eines Jahres
- für Ersatzschulen im berufsbildenden Bereich: 8 Monate vor Aufnahme des Schulbetriebes<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Gültige Regelung zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses.



Die Genehmigung für allgemeinbildende Schulen wird jeweils zum Schuljahresbeginn, also zum 01. August eines Jahres erteilt. Für Ersatzschulen im berufsbildenden Bereich erfolgt die Genehmigung zu beantragten Beginn.

Über den Antrag auf Errichtung allgemeinbildender Ersatzschulen entscheidet das Landesschulamt bis zum 1. Juni eines Jahres, über den Antrag auf Errichtung einer Ersatzschule im berufsbildenden Bereich sechs Monate nach Eingang der vollständigen Unterlagen.

Als Antragsteller erhalten Sie nach Eingang des Antrages eine Eingangsbestätigung. Innerhalb von zwei Monaten erfolgt eine Information zum Stand des Verfahrens, insbesondere erfolgt ein Hinweis darauf, welche Unterlagen unvollständig sind oder welche Genehmigungsvoraussetzungen noch nicht vorliegen.

Sie haben anschließend sechs Wochen Zeit, die Antragsunterlagen zu vervollständigen. In begründeten Fällen kann diese Frist auf Antrag verlängert werden.

#### **4. Die Antragsunterlagen**

Die Anträge können nur bearbeitet werden, wenn alle Angaben nach § 2 Abs.4 SchifT-VO getätigt worden sind und die erforderlichen Unterlagen gemäß § 2 Abs.5 SchifT-VO vollständig vorliegen.

Wenn Sie Unterlagen in Kopie einreichen, so sind die Kopien in amtlich beglaubigter Form vorzulegen (§ 2 Abs.6 SchifT-VO).

##### Hinweis für Beglaubigungen:

Beglaubigungen werden in erster Linie durch die Gemeinden bzw. Verbandsgemeinden gefertigt z.B. in Bürgerbüros, durch die Ordnungsämter, die Einwohnermeldeämter oder Rathäuser der Gemeinden (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 VwVfG LSA)

Um die Bearbeitung der umfangreichen Anträge zu erleichtern, ist es hilfreich, wenn Sie die Anträge entsprechend der Checkliste in Anlage 1 gliedern und die benötigten Nachweise dazu an der entsprechenden Stelle einordnen. Die Aufstellung in Anlage 1 können Sie gleichzeitig als Checkliste zur Prüfung der Vollständigkeit Ihrer Unterlagen nutzen.



### **Arbeitsverträge:**

Gemäß § 16 SchulG LSA ist die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte genügend zu sichern. Dies ist sowohl für die Gestaltung der Arbeitsverträge als auch für die Planung der Finanzierung des Schulbetriebes von Bedeutung.

Die Rechtsprechung sieht die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte an Schulen in freier Trägerschaft gegenwärtig als hinreichend gesichert an, wenn diese Lehrkräfte mindestens 80 % der Vergütung einer Lehrkraft an entsprechenden öffentlichen Schulen erhalten. Sie müssen dabei die Tarifierhöhungen, die Steigerungsstufen sowie die Jahressonderzahlung im Öffentlichen Dienst berücksichtigen und die Vergütung somit entsprechend ständig anpassen.

## **5. Wie weiter nach der Genehmigung**

Das Landesschulamt ist auch nach der Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb der Ersatzschule die Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde und somit Ihr Ansprechpartner bei allen Fragen und Problemen.

Der für Ihre Schule zuständige schulfachliche Referent gibt Ihnen oder dem Schulleiter Auskunft zu Fragen der Schulorganisation und den einzuhaltenden Rechtsvorschriften.

### **Zeugnisse und Siegel:**

Die mit dem Antrag einzureichenden Zeugnismuster müssen den geltenden Rechtsvorschriften entsprechen.

Diese sind auch für Schulen in freier Trägerschaft verbindlich gelten.

Ausschließlich solche Schulen in freier Trägerschaft, die anerkannte Ersatzschulen sind, dürfen ein Dienstsiegel beantragen und es gemäß den geltenden Rechtsvorschriften führen. Zur Genehmigung ist der Originalsiegelabdruck mit schriftlichem Antrag beim Landesschulamt einzureichen. Ihre Ansprechpartner finden Sie immer aktuell auf der Internetseite des Landesschulamtes des Landes Sachsen-Anhalt:

<https://landesschulamt.sachsen-anhalt.de/behoerde/schulfachliche-beratung/freie-traeger/>



## Finanzhilfe

Finanzhilfe gewährt das Land gemäß § 18 SchulG LSA anerkannten Ersatzschulen in freier Trägerschaft auf Antrag. Dazu ist eine Gemeinnützigkeit nach § 18 Abs. 3 SchulG LSA nachzuweisen. Eine Ersatzschule kann frühestens nach drei Jahren die Anerkennung erhalten, wenn sie die Gewähr dafür bietet, dass sie die Genehmigungsvoraussetzungen dauerhaft erfüllt (§ 17 Abs. 1 SchulG LSA).

Anerkannte Ersatzschulen sind gemäß § 17 Abs. 2 SchulG LSA verpflichtet, die für öffentliche Schulen geltenden oder staatlich genehmigten Bestimmungen bei der Aufnahme, der Versetzung sowie bei Prüfungen und Abschlüssen zu beachten und die Gleichwertigkeit der Leistungsbewertung zu sichern.

Eine vorzeitige Finanzhilfe sieht das Schulgesetz nicht vor.

Genehmigte Ersatzschulen müssen in der Regel zwei Monate vor dem geplanten Einsatz einer Lehrkraft eine Unterrichtsgenehmigung beim Landesschulamt mit den entsprechenden Unterlagen beantragen (§ 3 Abs. 1 SchiT-VO).

Anerkannte Ersatzschulen können den Einsatz von Lehrkräften gemäß § 16 a Abs. 2 Satz 4 SchulG LSA beim Landesschulamt anzeigen, wenn es sich um Lehrkräfte mit dem entsprechenden Lehramt oder um Diplomlehrer mit einem entsprechenden Abschluss nach dem Recht der DDR handelt.

Für Personen mit anderen wissenschaftlichen Ausbildungen bedarf es gemäß § 16 a Abs. 2 Satz 5 SchulG LSA in jedem Fall eines Antrags auf Unterrichtsgenehmigung, über den das Landesschulamt gemäß Satz 6 innerhalb von drei Monaten entscheidet.

Mit dem Aufwachsen Ihrer Schule wird sich die Anzahl der zu beschäftigenden Lehrkräfte für weitere Fächer und Klassenstufen erhöhen.

Sie dürfen nur die Lehrkräfte beschäftigen, die eine **Unterrichtsgenehmigung** gemäß §16 a Abs.2 SchulG LSA haben.

Ihre Ansprechpartnerin für die Unterrichtsgenehmigungen ist:

**Frau Buchheim**

Referentin für Schulen in freier Trägerschaft

☎ Tel. 0391-567 5715

✉ [susanne.buchheim@mb.lscha.sachsen-anhalt.de](mailto:susanne.buchheim@mb.lscha.sachsen-anhalt.de)





Um die Antragstellung für Unterrichtsgenehmigungen bzw. die Anzeige des Unterrichtseinsatzes zu erleichtern, haben wir Formblätter entwickelt, die Sie auf den Seiten des Landesschulamtes unter folgendem Link abrufen können:

<http://www.landesschulamt.sachsen-anhalt.de/behoerde/schulfachliche-beratung/freie-traeger/>

Für allgemeinbildende Ersatzschulen verwenden Sie bitte das entsprechende Formular. Für Ersatzschulen im berufsbildenden Bereich ist zusätzlich zu dem Antragsformular noch eine Anlage für den jeweiligen Bildungsgang erforderlich, die Sie bei Frau Buchheim abfordern können.

### **Anforderungen an die Lehrkräfte:**

In erster Linie sollen Lehrkräfte mit dem Lehramt für die beantragte Schulform oder mit einem gleichwertigen Abschluss an der Schule den Unterricht erteilen. Insbesondere dann, wenn ein besonderes pädagogisches Konzept an der Ersatzschule umgesetzt werden soll, bedarf es einer ausgeprägten Fachkompetenz der Lehrkräfte.

In Ausnahmefällen dürfen Sie auch Personen mit anderen wissenschaftlichen Ausbildungen an der Schule einsetzen:

Gemäß § 16 a Abs. 1 sind die Anforderungen an die wissenschaftliche Ausbildung der Lehrkräfte erfüllt, wenn eine fachliche und pädagogische Ausbildung sowie staatliche oder staatlich anerkannte Prüfungen nachgewiesen werden, die denen der Lehrkräfte an entsprechenden öffentlichen Schulen gleichwertig sind.

Sollten Sie den Einsatz von Lehrkräften mit einem **ausländischen Bildungsabschluss** planen, so sind dazu der Nachweis der Gleichwertigkeit des im Ausland erworbenen Abschlusses, die Übersetzung des Abschlusses durch allgemein beeidigte und öffentlich bestellte Dolmetscher/Übersetzer sowie der Nachweis von deutschen Sprachkenntnissen auf dem Niveau C1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen erforderlich (Vgl. § 2 Abs. 5 Nr. 2 b SchfT-VO). Für diese Lehrkräfte ist ebenfalls ein erweitertes Führungszeugnis (im Original oder in amtlich beglaubigter Kopie) vorzulegen.

Die Bewertung des ausländischen Bildungsabschlusses erfolgt durch das Landesprüfungsamt für Lehrämter.



Die Ansprechpartner, Kontaktdaten sowie die Antragsformulare sind zu finden unter folgendem Link:

[http://www.bildung-lsa.de/lehrerfort\\_und\\_weiterbildung/landespruefungsamt\\_fuer\\_lehraemter/auslaendische\\_bildungsabschluesse\\_als\\_lehrerin\\_oder\\_lehrer.html](http://www.bildung-lsa.de/lehrerfort_und_weiterbildung/landespruefungsamt_fuer_lehraemter/auslaendische_bildungsabschluesse_als_lehrerin_oder_lehrer.html)

Der Einsatz von Personen mit einer anderen wissenschaftlichen Ausbildung als der eines Lehrers kann im Ausnahmefall genehmigt werden, wenn deren wissenschaftliche Ausbildung der eines Lehrers gleichwertig ist. Gleichwertig ist z.B. ein Diplom einer Universität (nicht einer Fachhochschule) oder ein Masterabschluss (kein Bachelor) in dem Fach, in dem der Unterrichtseinsatz erfolgen soll. Für diesen Personenkreis wird in der Regel eine befristete Unterrichtsgenehmigung erteilt. In der Zeit der Befristung ist der Nachweis der pädagogischen Eignung gemäß § 3 Abs. 5 SchIF-VO zu führen.

#### **Wichtiger Hinweis:**

Gemäß § 16 a Abs. 2 SchulG LSA darf ein Schulträger nur solche Schulleiter und Lehrkräfte beschäftigen, für die ihm eine Unterrichtsgenehmigung erteilt worden ist. Ein Verstoß dagegen kann gemäß § 84 Abs.1 Nr. 7 SchulG LSA als Ordnungswidrigkeit mit einem Bußgeld geahndet werden. Gegebenenfalls kann auch geprüft werden, ob ein Verstoß gegen die Genehmigungsveranlassung der Schule vorliegt, wenn festgestellt werden sollte, dass die Schule in der wissenschaftlichen Ausbildung der Lehrkräfte entsprechenden öffentlichen Schulen nicht gleichwertig ist. Dann ist die Genehmigung zum Betrieb der Ersatzschule gemäß § 16 Abs. 5 SchulG LSA zu widerrufen.

## **6. Genehmigungs- und anzeigepflichtige Änderungen**

Eine Schule ist lebendig und besitzt eine sich entwickelnde Struktur. Diese Prozesse ziehen selbstverständlich Veränderungen gegenüber dem ursprünglich beantragten und genehmigten Zustand nach sich. Sie sind als Träger verpflichtet, alle wesentlichen Änderungen der für die Genehmigung maßgebenden Voraussetzungen des Schulbetriebes gemäß § 5 SchIF-VO beim Landesschulamt zu beantragen.

Dies betrifft insbesondere:

- die Unterbrechung oder Aufgabe des Schulbetriebes
- Änderungen bei der Durchführung von Bildungsgängen



- Wechsel der Trägerschaft einer Ersatzschule
- Änderungen des Trägers (Wechsel der vertretungsberechtigten Personen, Änderung der Rechtsform, Anschrift des Trägers usw.)
- Änderung des Standortes der Schule
- Wechsel der Geschäftsführung/des Schulleiters
- Änderungen des pädagogischen Konzeptes
- wesentliche Änderungen der mit den Lehrkräften oder dem Schulleiter sowie den pädagogischen Mitarbeitern und den Betreuungskräften geschlossenen Arbeitsverträge (Absenkung der Höhe des Gehalts, Absenkung oder Erhöhung der Pflichtstundenzahl, Absenkung des Beschäftigungsumfanges der pädagogischen Mitarbeiter sowie der Betreuungskräfte oder dessen Erhöhung ohne angemessene Erhöhung des Gehalts, Änderung der Kündigungsfrist)

Die Anträge mit den entsprechenden Unterlagen sind dem Landesschulamt rechtzeitig vorzulegen. Beabsichtigte Änderungen im pädagogischen Konzept sind sechs Monate vor ihrer geplanten Einführung zu beantragen.

Ein Trägerwechsel ist spätestens drei Monate vor dem geplanten Zeitpunkt anzuzeigen. Er wird erst nach Genehmigung des Landesschulamtes wirksam.

## **7. Schlussbemerkung**

Es liegt in Ihrer Verantwortung, die Genehmigungsvoraussetzungen für die geplante Ersatzschule zu schaffen. Wir beraten Sie gern.

**Ihr Partner in Bildungsfragen**  
**Landesschulamt Sachsen-Anhalt**  
**Gemeinsam Schule entwickeln**



## **Anlage 1: Checkliste**

### **1. Angaben zum Träger:**

- ☐ Name des Trägers
- ☐ ggf. Rechtsform
- ☐ ggf. Sitz des Trägers
- ☐ Name, Vorname der vertretungsberechtigten bzw. geschäftsführenden Person(en) des Trägers
- ☐ Geburtsort und -tag
- ☐ Staatsangehörigkeit
- ☐ Anschrift
- ☐ Lebenslauf
- ☐ erweitertes Führungszeugnis
- ☐ Gesellschaftsvertrag o.ä. (bei juristischen Personen)
- ☐ Auszug aus dem Register (Handelsregister, Vereinsregister, Stiftungsverzeichnis usw. je nach Rechtsform des Trägers)

### **2. Angaben zur Schule**

- ☐ Schulname
- ☐ Anschrift
- ☐ geplante Zügigkeit
- ☐ Datum der geplanten Aufnahme des Schulbetriebes
- ☐ vorläufige Angaben zur Schülerzahl
- ☐ Benennung der Abschlüsse, die an der Schule erworben werden
- ☐ Verpflichtungserklärung des Trägers, die Schule nur zum Ende eines Schuljahres zu schließen

### **3. Angaben zum Schulstandort:**

- ☐ Angaben zu Lage, Anzahl, Größe und Ausstattung der Unterrichtsräume
- ☐ Angaben zu weiteren Räumlichkeiten (Turnhalle, Toiletten, Lehrerzimmer, Sekretariat usw.)
- ☐ Lage und Größe der Außenanlagen
- ☐ Nachweis der Nutzungsrechte an den Räumen bzw. am Schulgebäude (Mietvorvertrag, Eigentumsnachweis, Grundbuchauszug o.ä.)
- ☐ Grundrisse, Lageplan
- ☐ Nachweis über die Unbedenklichkeit zur Nutzung der Räumlichkeiten für den Unterrichtsbetrieb durch die zuständige Bau- und Gesundheitsbehörde bzw. Verpflichtungserklärung des Trägers, die Nachweise bis zur Aufnahme des Schulbetriebes zu erbringen



#### **4. Schulleiter/in und Lehrkräfte**

- ☐ Name, Vorname
- ☐ Geburtsort und -tag
- ☐ Staatsangehörigkeit
- ☐ Angaben zur wissenschaftlichen Ausbildung (Zeugniskopien in amtlich beglaubigter Form)
- ☐ Erweitertes Führungszeugnis
- ☐ für Schulleiter/-innen: Nachweis der dreijährigen erfolgreichen Unterrichtstätigkeit
- ☐ Muster der Arbeitsverträge für Schulleiter/-innen
- ☐ Angaben zum geplanten Unterrichtseinsatz der Lehrkräfte
- ☐ Muster der Arbeitsverträge für Lehrkräfte
- ☐ Muster von ggf. Honorarverträgen
- ☐ Muster der Arbeitsverträge für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Betreuungskräfte
- ☐ Gesamtübersicht der Lehrkräfte mit beabsichtigter Art des Anstellungsverhältnisses
- ☐ Gesamtübersicht zur Unterrichtsversorgung entsprechend der Stundentafel im ersten Jahr des Unterrichtsbetriebes

#### **5. Angaben zur Gewährleistung von Formen der Mitwirkung von Eltern, Schülern und Lehrkräften**

- ☐ z.B. Eltern- und Schülervertretung, Mitwirkung in der Gesamtkonferenz usw.

#### **6. Angaben zur Finanzierung des Schulbetriebes**

- ☐ Haushaltsvoranschlag mindestens für die ersten drei Jahre des Schulbetriebes
- ☐ Nachweis über die Aufbringung der Eigenleistung und diesbezüglicher Leistungen Dritter (insbesondere Bürgschaften, Kreditverträge, Spenden)
- ☐ Angaben zur geplanten Höhe des Schulgeldes
- ☐ Angaben zu Schulgeldbefreiung und -ermäßigung
- ☐ Angaben zu weiteren Kosten, die Eltern verpflichtend entstehen, wie z.B. Aufnahmegebühren, Internatskosten, Prüfungsgebühren oder Kosten für unterrichtsergänzende Förder- und Freizeitangebote
- ☐ Muster der Beschulungsverträge
- ☐ falls das Schulgeld Teil des Haushaltsvoranschlages ist:  
Nachweis der Interessensbekundungen von Eltern, ihr Kind an der beantragten Schule anzumelden



## **7. Angaben zur Organisation des Unterrichts, zu den Lehrzielen, zur Organisation der Ausbildung und der Schule**

Pädagogische Konzeption der geplanten Schule:

- ☐ Besondere pädagogische Merkmale der geplanten Schule  
Angaben über die Inhalte des Unterrichts, falls Abweichungen von den Lehrplänen/Rahmenrichtlinien der beantragten Schulform geplant sind,
- ☐ alternativ die Mitteilung, dass der Unterricht entsprechend den Lehrplänen/Rahmenrichtlinien der beantragten Schulform erfolgt
- ☐ Stundentafel, sofern abweichend von der für entsprechende öffentliche Schulen
- ☐ Angaben zur Organisation des Unterrichtsbetriebes (ggf. Ganztagsangebote, Rhythmisierung usw.)
- ☐ Verweis ggf. auf die einheitlichen Prüfungsanforderungen (bei Schulen im berufsbildenden Bereich)
- ☐ didaktische Jahresplanung gemäß BbS-VO bei Schulen im berufsbildenden Bereich für den gesamten Ausbildungszeitraum
- ☐ Muster von Zeugnissen
- ☐ Übersicht über die für die beantragte Schulform relevanten Rechtsgrundlagen

Sofern Abweichungen von den Vorgaben für entsprechende öffentliche Schulen der beantragten Schulform geplant sind, sind diese hinreichend im Konzept zu begründen.